

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

185. Sitzung

Berlin, Dienstag, den 4. November 2008

Tagesordnungspunkt 3:

- a) Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern**

Drucksache 16/10775 (neu)

19768 D

- b) Antrag der Fraktion DIE LINKE: **Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern**

(Drucksache 16/10776)

19769 A

Petra Pau (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mein erster Gedanke gilt den Millionen Jüdinnen und Juden, die in der NS-Zeit gedemütigt, vertrieben und ermordet wurden. Mein zweiter Gedanke gilt den Jüdinnen und Juden, die trotz alledem heute wieder mit uns leben. Der Schmerz und der Dank gehören zusammen, ebenso die Sorge, dass sich nie wiederholen möge, was schon einmal geschehen ist.

Vor 70 Jahren, am 9. November 1938, ging das NS-Regime zum offenen Angriff auf Jüdinnen und Juden über. Die sogenannte Pogromnacht war die Generalprobe für den Holocaust. Allzu viele sahen zu. Eine Lehre aus dieser furchtbaren Geschichte war: Das NS-Regime kam nicht an die Macht, weil die NSDAP so stark war. Es kam an die Macht, weil die Demokraten in zentralen Fragen zerstritten und deshalb zu schwach waren. Ich wünsche, alle hätten diese Lektion gelernt.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ich möchte an vier **Ereignisse jüngeren Datums** erinnern. Vor reichlich einem Jahr wurde in Berlin eine jüdische Schule mit antisemitischen Parolen beschmiert. Auf das Spielzeug des dazugehörigen jüdischen Kindergartens wurden SS-Runen geschmiert.

Die Fußballer des jüdischen Vereins TuS Makkabi brachen ein Spiel ab. Sie wurden fortwährend antisemitisch beschimpft und mit Sprechchören wie „Hier regiert die NPD und nicht der DFB“ bedroht.

Aktuelle empirische Untersuchungen belegen, dass 25 Prozent der Bevölkerung latent antisemitisch eingestellt sind; im Westen der Bundesrepublik übrigens mehr als im Osten.

Eine Antwort der Bundesregierung auf eine Frage der Fraktion Die Linke ergab, dass seit Jahren im statistischen Schnitt Woche für Woche ein jüdischer Friedhof geschändet wird, und zwar bundesweit.

Die letztgenannte Meldung war übrigens der Anlass dafür, dass sich vor Jahresfrist Abgeordnete aus allen Fraktionen des Bundestages fanden, um gemeinsam etwas gegen diese schlimmen Befunde zu tun. Auch daran möchte ich erinnern: Im Mai dieses Jahres hatten wir hier eine Debatte aus Anlass des 60-jährigen Bestehens Israels. Ich mahnte damals für die Fraktion Die Linke: Man kann nicht 60 Jahre Israel würdigen, ohne zugleich über den aktuellen Antisemitismus zu sprechen. Abschließend sprach ich von der überfraktionellen Arbeitsgruppe gegen Antisemitismus. Im Protokoll ist dazu vermerkt: Beifall bei der Linken, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der FDP und bei der CDU/ CSU.

Die gemeinsame Arbeit kam gut voran. Die Fachpolitiker suchten das Gemeinsame im Trennenden. Dann übernahmen Machtpolitiker das Vorhaben. Sie suchten das Trennende im Gemeinsamen. Seither kann von einem starken Signal des Bundestages keine Rede mehr sein. Viele Kommentatoren, auch jüdische Organisationen bescheinigen uns stattdessen ein Trauerspiel. Ich bedauere das außerordentlich.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wie aber kommt es, dass die Union im Mai ein gemeinsames Vorhaben beklatscht und dasselbe im September vehement bekämpft? Ich habe dafür nur eine Erklärung. Die neue Wahlstrategie der Union für 2009 lautet kurz gefasst: Die Linke prügeln, um die SPD zu treffen. Dass man dafür sogar ein mögliches Miteinander aller Bundestagsfraktionen gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben opfert, das wiederum finde ich geschichtsvergessen, kurzsichtig und würdelos.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Dasselbe trifft auf die meisten bemühten Unionsvorwürfe gegen die Linksfraktion zu. Erst wurde suggeriert, die DDR sei mit den Juden genauso umgegangen wie seinerzeit das NS-Regime. Schließlich wurde die Linke pauschal als antisemitisch diffamiert. Beides ist infam.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Wieder und wieder wurde ich von Journalisten bedrängt, ich möge nun doch endlich mit gleicher Elle heimzahlen. Ich habe das nicht getan und auch meine Fraktion nicht. Ich wollte das kleinkarierte Parteiengezänk nicht noch selbst vergrößern. Mein Rat ist älter. Ich empfehle insbesondere den vermeintlich christlichen Parteien Johannes 8: Wer von euch ohne Sünde ist, werfe als Erster einen Stein.

Es gibt ohnehin bessere Beispiele. In **Delmenhorst** fand sich parteiübergreifend ein sehr breites gesellschaftliches Bündnis, um zu verhindern, dass Neonazis dort ein bundesweites Schulungszentrum errichten. Dieses Bündnis hatte Erfolg. Im Land **Brandenburg** verhinderte ein ebenso breites Bündnis mit einem „Fest der Demokratie“, dass rechtsextreme Kameraden auf dem Soldatenfriedhof Halbe ein Heldengedenken für die Wehrmacht inszenieren konnten. Erst vor wenigen Wochen hat die CSU im bayerischen **Memmingen** gemeinsam mit der Linkspartei und vielen anderen gegen einen Aufmarsch der NPD demonstriert; ich war dabei. Alle, die solche Zivilcourage zeigen, haben einen Anspruch darauf, dass der Bundestag sie in ihrem täglichen Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus unterstützt und keine egoistischen Signale dagegensetzt.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Linke hat den Antrag der anderen Fraktionen übernommen. Wir stellen ihn als eigenen Antrag wortgleich zur Abstimmung. Ich appelliere an uns alle: Gehen wir souverän damit um! Die Linke tut dies, wohl wissend, dass der aktuelle Antrag, was seine konkreten Vorhaben angeht, schwächer ist als der Entwurf, den der überfraktionelle Arbeitskreis im Konsens unterbreitet hatte, und wohl wissend, dass die eigenen Vorschläge der Linksfraktion weitgehender sind, als es der Kompromiss des Arbeitskreises war. Aber die aktuelle Alternative heißt: Entweder schwächt der Bundestag die gesellschaftlichen Bündnisse, oder wir kehren gemeinsam zur Vernunft zurück. Ich plädiere für Vernunft. Alles andere wäre fatal.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])